

Michael North, Robert Riemer (Hg.): *Das Ende des Alten Reiches im Ostseeraum. Wahrnehmungen und Transformationen*. Köln u. a.: Böhlau 2008, 352 S.

Galt noch bis vor kurzem die von Peter Moraw für die Verhältnisse im späten Mittelalter pointiert formulierte, kaum fundiert widersprochene These einer Unterscheidung von „reichsfernen“ (kaisersfernen) und „reichsnahen“ (kaisernahen) Territorien und Städten wird man nach der Lektüre des vorliegenden Bandes eines Besseren belehrt. Wie schon der gewissermaßen als Vorgängerband zu bezeichnende, ebenfalls von Michael North und seinen Greifswalder Frühneuzeit-Lehrstuhlmitarbeitern herausgegebene Sammelband *„Die Integration des südlichen Ostseeraumes in das Alte Reich“* (Köln 2000) gezeigt hat, ist eine differenziertere Betrachtung der norddeutschen Territorien und Städte dringend nötig, zumal auch hier, fernab des Wiener Kaiserhofes, das Alte Reich keineswegs gänzlich „sang- und klanglos“ in den Stürmen von Revolution und napoleonischer Herrschaft untergegangen ist. Es wird deutlich, dass der vermeintlich einheitlich-monolithische Block norddeutscher Reichsstände – seit dem Basler Frieden von 1795 im durchaus komfortablen Status bewaffneter Neutralität un-

ter preußischem Schutz – auf sehr unterschiedliche Weise auf die dramatischen Veränderungen reagierte, die seit den 1790er Jahren zunächst stärker mehr die süd- und westdeutschen, spätestens aber nach der Gründung des Rheinbundes, der Niederlegung der Reichskrone durch Kaiser Franz II. und dem nach der preußischen Niederlage geschlossenen Frieden von Tilsit 1807 auch die norddeutschen Territorien und Städte ganz unmittelbar betrafen.

Es ist zu begrüßen, dass jedem norddeutschen Reichsstand mindestens ein Beitrag gewidmet ist, so dass die gesamte Vielfalt von spezifischen Verhaltensmustern angesichts der wachsenden äußeren Bedrohung nachvollzogen werden kann (die einzige Ausnahme – dies sei zumindest der Vollständigkeit halber erwähnt – bildet das im Reichsdeputationshauptschluss endgültig an den Oldenburger Herzog gefallene Eutiner Land des ehemaligen Fürstbistums Lübeck): Die beiden politisch und militärisch mindermächtigen mecklenburgischen Herzöge von Schwering und Strelitz bemühten sich, an ihrer

Neutralität festzuhalten, die durch eine enge – wenn auch nicht herzliche – Anlehnung an den übermächtigen Nachbarn Preußen, vor allem aber durch dynastische Bande mit dem russischen (Mecklenburg-Schwerin) und britischen Königshaus (Mecklenburg-Strelitz) lange Zeit Sicherheit versprach und eine Verweigerung des Beitritts zum Rheinbund möglichst machte (Kathleen Jandrausch). Nach Tilsit erwiesen sich diese Bezüge freilich als problematisch: Die Herzöge wurden von französischen Truppen vertrieben und durften erst nach ihrer Beitrittszusage zum Rheinbund (1808) – übrigens ohne die sonst obligatorische Rangerhöhung! – in ihre Länder zurückkehren. Doch auch nach dem Ende des Alten Reiches, unter den Bedingungen des Rheinbundes, scheiterten alle Vorstöße der Herzöge, die dann bis 1918 fortgeschriebene Landständische Verfassung gemäß Landesgrundgesetzlichem Erbvergleich von 1755 zu modifizieren – eine bemerkenswerte Kontinuität imperialer Strukturen im 19. Jahrhundert.

Zu den wenig bekannten Tatsachen gehört ebenfalls der besondere staatsrechtliche Status der Herrschaft Wismar, die seit dem Westfälischen Frieden zu den schwedischen Besitzungen im Reich gehörte (Nils Jörn). Hier befand sich immerhin bis zu seiner Verlegung nach Stralsund beziehungsweise Greifswald das Wismarer Obertribunal für alle Besit-

zungen des schwedischen Königs im Reich. König Gustav IV. Adolf gelang es, Stadt und Herrschaft Wismar gegen eine hohe Pachtsumme an den Schweriner Herzog zu verpfänden, der erst hundert Jahre später die volle staatsrechtliche Hoheit über dieses Territorium erhielt. Kein Erfolg war dagegen den Stockholmer Versuchen ab 1798 beschieden, Schwedisch-Pommern an Preußen zu verkaufen – alternativ wurde es sogar dem russischen Zaren angeboten! –, um Schweden aus den kontinentaleuropäischen Konflikten herauszuhalten (Jens E. Olesen). Konsequenterweise wurde dieser letzte schwedische Besitz an der südlichen Ostseeküste durch einen gegen die Landstände gerichteten Staatsstreich von oben noch vor dem formalen Reichsende verfassungsmäßig eng an das Schwedische Reich angebunden, allerdings ohne dass es gelang, das schwedische Recht zu implementieren. Die Integration Pommerns in den schwedischen Gesamtstaat blieb somit stets fragmentarisch, so dass der Verlust der Provinz Pommern auf dem Wiener Kongress in der historischen Erinnerung – ganz anders als derjenige der Provinz Finnland 1809 an Russland – heute keine Rolle mehr spielt.

Auch der dänische König Christian VII. nutzte die Chance, die sich mit dem Reichsende bot, um das Herzogtum Holstein in den zentralistisch regierten dänischen Gesamtstaat einzubinden (Michael Bregnsbro). Doch auch er stieß auf erheb-

liche Widerstände der deutschen Beamten gegen diese Maßnahme, die ihre Fortsetzung in den Nationalitätenkonflikten des 19. und frühen 20. Jahrhunderts finden sollte. Während also weder der dänische noch der schwedische König aktiv gegen den rasanten Verfall des Alten Reiches einschritten, war es allein der britische König Georg III., der offiziell Protest gegen die Niederlegung der Reichskrone erhob (Torsten Riotte). Dies darf freilich nicht als besondere Reichstreue gedeutet werden, sondern als Ausdruck der Sorge um die praktisch dauerhafte Besetzung Kurhannovers durch fremde Truppen nach 1803. Die drei Hansestädte hingegen konnten sich durch ihr enges politisches Zusammenrücken sogar eine gewisse Zeit lang als souveräne, durchaus prosperierende „Handelsrepubliken“ den Konflikten und vor allem preußischen Begehrlichkeiten erfolgreich entziehen (Antjekathrin Graßmann).

Das unbedingte Beharren auf ihren Privilegien, die offenbar sehr wirksame, auf strikte Neutralität ausgerichtete Diplomatie und ihre gemeinsam unterhaltenen Gesandten ermöglichten die bemerkenswerte, nur durch ein kurzes, weithin folgenloses französisches Intermezzo als „Hanseatische Departements“ unterbrochene Eigenstaatlichkeit, die sich (mit Ausnahme Lübecks) bis in die Gegenwart fortsetzt.

Der Sammelband ist in insgesamt drei Abschnitte untergliedert, wobei die Zuordnung der einzelnen Beiträge auch thematisch anders hätte erfolgen können. Der erste Abschnitt unter der Überschrift „*Transformationen in Europa und im Alten Reich*“ umfasst außer den oben genannten Studien noch grundlegende Beiträge zur politischen „Großwetterlage“ in Europa um 1800 (Heinz Duchhardt) sowie zur Haltung Russlands (Jan Kusber) und Preußens (Thomas Stamm-Kuhlmann) bezüglich des Reichsendes und der Neuordnung der deutschen Staatenwelt nach 1806. Es folgt in einem zweiten Abschnitt eine Reihe von Aufsätzen zum Thema der „*Wahrnehmungen des Reichsendes*“. Auch hier wird deutlich, dass 1806 auch in Norddeutschland als ‚Epochenjahr‘ verstanden werden muss. Dies zeigt gerade der Vergleich mit den Ergebnissen der beiden ebenfalls im Sammelband repräsentierten Beiträge zweier exzellenter Kenner der Problematik, Wolfgang Burgdorf und Georg Schmidt. Die Auflösung der Reichsverfassung mitsamt ihrer Schutzfunktion und Ordnung wurde gerade von den mindermächtigen Reichsständen durchaus als Bedrohung empfunden, auch wenn die Gefahr der Schwäche von Kaiser und Reich, welche von der Revolution und der napoleonischen Expansion ausging, im lange kriegsverschonten norddeutschen „Schon- und Friedensraum“ lange Zeit eher unterschätzt wurden. Dagegen

war, wie eine Analyse von ausgewählten Wochen- und Monatsschriften zeigt, spätestens mit der Annahme des österreichischen Kaisertitels durch Franz II. (1804) auch in den Hansestädten klar, dass das Alte Reich in seinen letzten Zügen lag (Hans-Dieter Loose). Demgegenüber fand das eigentliche Reichsende kaum Niederschlag in der Publizistik – weder in schwedischen Zeitungen (Andreas Önnersfors) noch in den Schriften der Greifswalder Professoren (Dirk Alvermann) –, ganz im Gegensatz übrigens zur schwedischen Niederlage gegen Frankreich im Jahre 1807 (Robert Riemer). Insgesamt hat allerdings offenbar am Beginn des 19. Jahrhunderts ein allgemeiner pressegeschichtlicher Umbruch stattgefunden, der von einer neutralen Berichterstattung zu einem politischen Meinungsjournalismus führte (Holger Böning).

Der dritte und mit nur vier Beiträgen zugleich kürzeste Abschnitt unter der Überschrift „*Auf dem Weg zum Deutschen Bund*“ wirkt in seiner Zusammensetzung etwas disparat, wengleich mit den grundlegenden Reflexionen Hans Werner Hahns zur historischen Einordnung des Rheinbundes in die Kontinuitätslinien vom Alten Reich zum Deutschen Bund sowie den Beiträgen von Jörg Driesner zu den Folgen der napoleonischen Kontinentalsperre für den Schmuggelhandel an den norddeutschen Küsten und von Robert Riemer zur Würdigung

der Widerstandsbewegung Ferdinand von Schills in Mecklenburg und Pommern – ergänzt mit der bereits oben besprochenen Studie von Olesen – nochmals zentrale Themen der Umbruchszeit zwischen 1806 und 1815 behandelt werden.

Der vorliegende Sammelband ist wichtig, zumal bislang eine spezifisch komparatistische Zusammenschau der Verhältnisse im Norden des Reiches in der Publikationsflut zum Jubiläumsjahr 2006 längst überfällig war. Die Einzelstudien laden zum genaueren Hinschauen ein. Der Band bildet einen Brückenschlag der bislang weithin unvermittelt nebeneinander stehenden deutschen und skandinavischen Forschungsdiskurse zum gravierenden Transformationsprozess, der sich sowohl vom Ende des Alten Reiches zur Gründung des Deutschen Bundes als auch innerhalb der Staatenwelt im Ostseeraum um 1800 vollzogen hat.

*Matthias Asche (Tübingen)*